

Datenschutzinformation zum Bundesfreiwilligendienst

Informationen zum Umgang mit Ihren Daten und Rechten nach Art. 13, 14 und 21 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Fachbereich Bundesfreiwilligendienst des DRK-Landesverbandes Westfalen-Lippe e.V. und über die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte im Rahmen der Durchführung und Organisation des Bundesfreiwilligendienstes.

Für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlich für die Datenerhebung ist der

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Westfalen-Lippe e.V.

Sperlichstraße 25, 48151 Münster

info@DRK-westfalen.de

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter datenschutz@drk-bbs.de. Die Kontaktdaten sind darüber hinaus im Internet unter <https://www.drk-bbs.de/ueber-uns0/ansprechpartner.html> verfügbar.

Genutzte Datenkategorien und Quelle der Daten

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere Name, Geburtsdatum, Kontaktdaten, Familienstand, Konfession, BFD Kennung, Eintritts- und Austrittsdatum zum Bundesfreiwilligendienst, Einsatzstelle, Informationen zur Sozialversicherung, Steueridentifikationsnummer, Höhe Taschengeld, Bankverbindung, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen und -zeiten, Angaben zu Allergien und gesundheitliche Einschränkungen, Schulabschluss, Qualifikationen und Fortbildungen.

Ihre personenbezogenen Daten teilen Sie uns mit Ihrer Bewerbung, mit der Vertragsunterzeichnung oder im Rahmen von Informationsanfragen zu. Gegebenenfalls erhalten wir Ihre Daten von Dritten.

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

Die Datenverarbeitung dient der Durchführung des Bundesfreiwilligendienstes (Bewerbermanagement, Personalverwaltung, Koordinierung der Einsatzstelle, Durchführung von Veranstaltungen und Fortbildungen). Rechtsgrundlage für die Erhebung Ihrer Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DSGVO (Erfüllung eines Vertrages bzw. Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen). Daneben verarbeiten wir Ihre Daten auch, um Pflichten insbesondere im Bereich des Steuer- und Sozialversicherungsrechts erfüllen zu können. Dies erfolgt auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 lit c) DSGVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung).

Sofern wir von Ihnen Gesundheitsdaten erheben, erfolgt die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf der Rechtsgrundlage des Art. 9 Abs. 2 lit. b) und h) DSGVO (Ausübung von Rechten oder Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht und dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes sowie Beurteilung der Arbeitsfähigkeit).

Wir verwenden Ihre Daten zudem, um Sie über Angebote Dritter zu informieren. Dieses sind im wesentlichen unsere Einsatzstellen im Bundesfreiwilligendienst in Westfalen-Lippe oder ihre landesspezifischen Ansprechpartner der DRK Freiwilligendienststräger im Bundesgebiet. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DSGVO (berechtigtes Interesse des Verantwortlichen). Sofern Sie kein Interesse an weiteren Informationen zum Bundesfreiwilligendienst haben, können Sie hiergegen jederzeit unter der oben angegebenen Adresse **Widerspruch** einlegen.

Datenübermittlung

Innerhalb des DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e.V. und seiner Untergliederungen erhalten nur die Personen und Stellen die personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zum Bundesfreiwilligendienst benötigen.

Zur Durchführung des Bundesfreiwilligendienstes geben wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger und Dienstleister außerhalb des DRK-Landesverbandes Westfalen-Lippe e.V. weiter, soweit dies zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Dies können z. B. sein: Ihre BFD-Einsatzstelle, Behörden (z. B. Rentenversicherungsträger, Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden) Krankenkassen, Unfallversicherungsträger, Banken, Dozenten bzw. Veranstaltungsleiter von Fortbildungen, gebuchte Hotels, DRK e.V. (Bundesverband des DRK), Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgabe (BAFzA), Fördermittelgeber oder Prüfer von Verwendungsnachweisen.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der DRK-Landesverband-Westfalen-Lippe e.V., ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an unsere Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Unsere Datenschutzaufsichtsbehörde erreichen Sie unter:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0, Fax: 0211/38424-10

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Sind Ihre Daten für die Erfüllung der oben genannten Zwecke oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, können Sie jederzeit eine Löschung erwirken, es sei denn ihre befristete Weiterverarbeitung ist zu folgenden Zwecken erforderlich:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen. Zu nennen sind das Handelsgesetzbuch und die Abgabenordnung. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen bis zu zehn Jahre.

- Vertragsrechtliche Vorgaben, z.B. von Fördermittelgebern. Diese umfassen in der Regel 5-10 Jahre sowie in Einzelfällen auch bis zu 20 Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften. Nach den §§195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahren betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.